

Deklaration der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: »Die Erhaltung des Friedens und die internationale ökonomische Zusammenarbeit«

Die höchsten Repräsentanten der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Sozialistischen Republik Vietnam, der Deutschen Demokratischen Republik, der Republik Kuba, der Mongolischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, die zu einer Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengetreten sind, sehen es als ihre Pflicht an, im Interesse der Festigung des Friedens auf unserem Planeten und des Fortschritts der Menschheit die Aufmerksamkeit der Völker und Regierungen der Welt auf die Notwendigkeit der Realisierung unaufschiebbarer Maßnahmen zur Sicherung der normalen Entwicklung der internationalen politischen und ökonomischen Beziehungen zu lenken.

Die Politische Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die am 5. Januar 1983 in Prag angenommen wurde, und die Gemeinsame Erklärung der höchsten Repräsentanten der Parteien und Staaten der VRB, UVR, DDR, VRP, SRR, UdSSR und ČSSR in Moskau am 28. Juni 1983 enthalten ein konstruktives und realistisches Programm für die Lösung der aktuellsten Weltprobleme. In Übereinstimmung mit diesen Dokumenten bekräftigten die Teilnehmer der Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe auf höchster Ebene ihre Entschlossenheit, sich für die Sicherung des Friedens und die Gesundung der internationalen Beziehungen auf dem Gebiet der Wirtschaft einzusetzen.

Die führenden Repräsentanten der kommunistischen und Arbeiterparteien, der Staaten und Regierungen der Mitgliedsländer des RGW gehen davon aus, daß die politische und wirtschaftliche Lage in der Welt wie nie zuvor die Interessen aller Länder und Völker berührt, und bringen ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die Gefahren für den Frieden angewachsen sind. Die internationalen Spannungen haben sich infolge des Konfrontationskurses aggressiver Kreise des Imperialismus, vor allem der USA, ihrer Versuche, die militärische Überlegenheit zu erringen, eine Politik der Gewalt, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten, der Verletzung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten, der Festigung und Neuaufteilung von »Einflußsphären« zu betreiben, beträchtlich erhöht. Alte Spannungsherde werden geschürt, neue Konflikte und Krisensituationen in verschiedenen Regionen der Erde provoziert.